

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 3
Mai
1998

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. in Bonn.



LEADOFF

Liebe Mitglieder,

Querdenker haben es nicht leicht. Aber Kritik und Widerstand schärfen Schlagfertigkeit und Durchsetzungsvermögen. Das ging schon Scharnhorst so vor 190 Jahren. Seine Reformgegner in Preußen hielten ihn wegen der Radikalität und Breite seines Reformansatzes gar für den „bösen Geist“ Preußens. Aber es gab andere Sichtweisen. Für Carl von Clausewitz war Scharnhorst „ein Fixstern am politisch-militärischen Himmel Europas“, ein nicht wegzudenkender Orientierungspunkt.

Ein nicht wegzudenkender Orientierungspunkt – das ist in Deutschland auch Heiner Geißler. Schon seit mehr als zwei Jahrzehnten ist er einer breiten Öffentlichkeit als Quer- und Vordenker, als eigenständiger und mutiger politischer Kopf bekannt. Auch ihn hat Widerstand eher angespornt. So hat er ungezählte Feuerwerke politischer Initiativen gezündet und dabei manches beleuchtet, manchen erleuchtet.

Als Mensch und Politiker hat er eine klare Orientierung, insbesondere eine klare Wertorientierung. Davon zeugt nicht zuletzt sein jüngstes Buch „Das nichtgehaltene Versprechen“, in dem er sich farbig, engagiert und kompetent zu seiner christlichen Verpflichtung in der Politik bekennt und diese auch von anderen einfordert. Wenn er in und mit der pmg „Vom Wert der Außenpolitik“ spricht, dann können wir erwarten, daß er ungeschminkt sagt, welche Wertorientierung deutsche Außenpolitik braucht.

Die Diskrepanz zwischen der gewachsenen internationalen Bedeutung Deutschlands und den gestiegenen Erwartungen und Hoffnungen, die sich aus Mittel- und Osteuropa, aber auch aus anderen Regionen Europas und der Welt auf unser Land richten

und unserer Fähigkeit, damit verantwortlich umzugehen, darf nicht größer werden. In einem zusammenwachsenden Europa, in einer zusammenwachsenden Welt sind mehr den je außenpolitische Kompetenz und wertegeleitete Handlungsbereitschaft gefragt. Heiner Geißler hat uns im Vortrag und Gespräch angeregt, uns über unsere eigenen Wertgrundlagen klar zu werden und daraus Vorstellungen und Maßstäbe für konkretes außenpolitisches Handeln angesichts der Herausforderungen einer zusammenwachsenden Welt zu entwickeln.

*Oberst i.G. Ralph Thiele ist
Gründungsvorsitzender der pmg.*

In dieser Ausgabe

2 Moralischer Kompaß

Heiner Geißler über den Wert deutscher Außenpolitik. Die klassischen Ziele: irrelevant.

8 Asienkrise

Die Renaissance der Nationalstaaten im Zeitalter der Globalisierung? Frank Umbach hält das in Asien für möglich.

10 Nationales Interesse

...gibt es nicht mehr, sagt Stephan Eisel. Zumindest nicht in der europäischen Außenpolitik.

11 NATO, Global Player

Rolf Clement kommentiert einen Bonner Eiertanz bei der pmg.

ARCHIV & KONTAKT

Wir sind im Netz!
Denkwürdigkeiten
www.p-mg.com

POLITISCHE ETHIK UND MORAL

Die klassische Außenpolitik hat jede Relevanz verloren

Zu „Moral und Ethik in der Außenpolitik“ sprach am 5. Februar 1998 Dr. Heiner Geißler in Bonn. Die Politisch-Militärische Gesellschaft hatte den stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden vor allem deshalb eingeladen, weil er in seinem jüngsten Buch *Das nicht gehaltene Versprechen* Stellung zu wichtigen Themen der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik genommen hat: Zu Menschenrechten, Globalisierung, militärischen Interventionen, sozialer Gerechtigkeit und den Umgang mit den Entwicklungsländern.

Er kritisiert zu großen Pragmatismus und die Ignoranz der Außenpolitiker gegenüber sozialen Fragen: „Wer Millionen von Menschen ausgrenzt, muß dafür eines Tages bezahlen.“ Seine These: Ohne moralischen Kompaß gerät die Außenpolitik in Schwierigkeiten. Auszüge:

Wenn man einmal die klassischen außenpolitischen Kriterien und Parameter zu Rate zieht und fragt: „Betreiben wir Interessenpolitik oder eine Außenpolitik, die sich mehr an Normen orientiert?“, dann lassen sich als bleibende Grundinteressen auswärtiger Politik der Staaten diese Punkte herauskristallisieren:

- Selbsterhaltung des Staates und des sozio-politischen Systems
- Wahrung des Gebiets
- Erhaltung eines Zustands interventionsfreier Selbstbestimmung in Sicherheit
- Sicherstellung der außenwirtschaftlichen Versorgung
- Machtposition und Reputation des Staates

Diese Kriterien für die Grundinteressen auswärtiger Politik werden abhängig von der Epoche und ihren Interessen durch ideologisch geprägte Zielsetzungen ergänzt, es handle sich beispielsweise um Kreuzzüge, heilige Kriege, Revolutionen, um Rassen- und Klassenkämpfe oder Zivilisationsprozesse.

Diese klassischen Zielsetzungen der Außenpolitik haben in der Bundesrepublik Deutschland seit dem letzten Weltkrieg zum Vorteil unseres Landes keine entscheidende Rolle mehr gespielt. Sie haben heute jede Relevanz verloren. Es wäre für das 20. Jahrhundert besser gewesen, diese Neubewertung der außenpolitischen Interessen zugunsten einer Orientierung der Außenpolitik an allgemeinen moralischen Prinzipien hätte früher begonnen.

CARTOON



Ich glaube, dies kann man an einem ganz einfachen Beispiel klarmachen. Das C im Namen der CDU bedeutet einen moralischen Anspruch, auch wenn er oft nicht erfüllt wird. Die Stange liegt hoch, und sie wird oft gerissen. Aber wenn der An-

spruch nicht bleibt, dann gibt es keine Anstrengungen mehr, dem Anspruch gerecht zu werden.

Falsche Menschenbilder

Karl Marx hat in einer seiner frühen Schriften "Zur Judenfrage" gesagt: "Der Mensch, wie er geht und steht, ist nicht der eigentliche Mensch, sondern er muß das richtige gesellschaftliche Bewußtsein haben und er muß der richtigen Klasse angehören." Die Nazis haben gesagt, er muß der richtigen Rasse angehören. Die Nationalisten haben gesagt, er muß dem richtigen Volk angehören und die Fundamentalisten heute sagen, er muß der richtigen Religion angehören. Und je nachdem, ob die Menschen der richtigen Klasse, der richtigen Rasse, dem richtigen Volk oder der richtigen Religion angehört, wurden sie vergast, liquidiert, deportiert oder in die Luft gesprengt.

Falsche Menschenbilder waren die Ursache für die Verbrechen dieses Jahrhunderts. Wie lautet das richtige Menschenbild? Im Grunde genommen ist es ganz einfach: Der Mensch, wie er geht und steht, ist der eigentliche Mensch. Unabhängig davon, ob er jung oder alt ist, Mann oder Frau, krank oder gesund, ob leistungsfähig oder behindert und auch unabhängig davon, ob er Deutscher oder Ausländer ist, Christ oder Jude, Weißer oder Schwarzer. Die falschen Menschenbilder waren die Ursachen für die größten Verbrechen, die durch Kriege und Unterdrückung in diesem Jahrhundert entstanden sind.

Dieses Beispiel zeigt, daß eine Außenpolitik ohne ethisches Fundament ins Unglück führen muß. Bismarck hat einmal gesagt: "Wenn ich Grundsätze hätte, dann käme ich mir vor wie ein Mensch, der mit einer langen Stange quer im Mund durch einen dichten Wald laufen wollte." Bismarck hat sich über die moralische Legitimierung von politischem

Handeln lustig gemacht. Die Folgen dieser Politik kann man heute noch besichtigen. Deswegen war es richtig, daß nach 1945 durch Konrad Adenauer eine neue außenpolitische Begründung und Orientierung entwickelt wurde.

**Bismarck hat sich über
Moral in der Politik
lustig gemacht.
Die Folgen kann man
heute noch besichtigen.**

Man kann die Probleme, über die wir uns Tag für Tag innenpolitisch auseinandersetzen, nicht verstehen, wenn man sich nicht darüber klar wird, daß wir die Zeitzeugen der größten Umbrüche sind, die die Menschheit in den letzten hundert Jahren wahrscheinlich erlebt hat. Vor neun Jahren hat keine Wende stattgefunden. Das ist der dümmste Begriff. **Es war eine Revolution, eine friedliche, eine unblutige Revolution, und deswegen haben viele gemeint, es sei keine richtige Revolution gewesen.** Doch die Sowjetunion ist von der Weltkarte verschwunden. Es hat sich etwas ereignet, was in der Weltgeschichte einmalig ist: Zwei völlig unterschiedliche Staatssysteme wurden wiedervereinigt – mit massiven innen- und außenpolitischen Folgen.

Einwanderung

Diese außenpolitische Entwicklung hat auch für die Innenpolitik bemerkenswerte Folgen gehabt, denn durch den Wegfall des Eisernen Vorhangs ist eine **Migration von Osten nach Westen** in Gang gesetzt worden. Immerhin zwei Millionen Aussiedler leben jetzt bei uns, Menschen deutscher Volkszugehörigkeit, die fast alle einen Job bekommen haben. Manche Deutsche sind der Meinung, wir würden die Opfer schwarzhaariger, dunkelhäutiger Räuber und Diebe, die als Asylbewerber zu uns kommen. Doch ungefähr 80 Prozent

aller Asylbewerber sind Europäer aus den mittel- und osteuropäischen Staaten, die infolge der oben beschriebenen Revolution zu uns gekommen sind. **Die außenpolitischen Entwicklungen der letzten zehn Jahre haben daher auch eine große Wirkung auf die Innenpolitik.**

Die außenpolitischen Veränderungen laufen mit einer anderen revolutionären Entwicklung parallel, nämlich mit der radikalen Veränderung unserer Arbeits- und Wirtschaftswelt durch den



den Computer. Die Folge dieser Entwicklung ist die Erwirtschaftung eines immer größeren Bruttosozialproduktes mit immer geringerem Arbeitsaufwand in den Industriestaaten. Gleichzeitig suchen jedoch mehr Menschen als früher Arbeit. Die globalisierte Wirtschaft hat wichtige Auswirkungen auf die Innenpolitik.

Es wird deutlich: **Die klassischen außenpolitischen Zielsetzungen, die man mit den Interessen eines Nationalstaates begründet, müssen heute fremd bleiben. Sie passen nicht mehr in unsere moderne Zeit hinein, zumindest nicht als alleiniges Kriterium.**

Die B-Bombe

Es kommt noch eine weitere Herausforderung hinzu: Auf der

Erde leben eine Milliarde Menschen, die pro Tag weniger zum Leben haben als den Gegenwert eines Dollars. Drei Milliarden haben keinen Zugang zu ärztlicher Versorgung und können kein sauberes Trinkwasser genießen. In jeder Sekunde kommen drei Menschen zur Welt. Die **Bevölkerungsexplosion** wird von vielen als "B-Bombe" und als die größte Herausforderung überhaupt bezeichnet. Vor 40 Jahren bewohnten 4,6 Milliarden Menschen die Erde, jetzt sind es sechs Milliarden, in nicht allzu ferner Zeit werden es acht Milliarden sein. **Und 80 Prozent davon werden auf dem südlichen Teil der Erde leben: Junge Menschen, hungrige Menschen, die durch den Massentourismus aus den Industriestaaten und durch die weltweite Telekommunikation genau wissen, wie man wo gut leben kann.**

Heute kann man mit einem Surfbrett, das mit einem Segel versehen ist, in zwanzig Minuten die Straße von Gibraltar überqueren und überschreitet damit die Armutsgrenze zwischen Europa und dem Rest der Welt. **Das Mittelmeer war eigentlich schon immer ein Binnenmeer zwischen Europa, Afrika und Arabien.** Heute aber erhebt an den südlichen Gestaden dieses Binnenmeeres der **islamische Fundamentalismus** sein Haupt und will dort seine Gottesstaaten errichten. Ich verweise nur auf die schrecklichen Ereignisse in Algerien oder Ägypten. Im Sudan ist es den muslimischen Fundamentalisten gelungen, die Macht an sich zu reißen, ebenso im Iran. In der **Türkei** tobt ein Machtkampf zwischen laizistischen Kemalisten und islamischen Fundamentalisten.

Umweltpolitik nicht mehr national denken

Auch die ökologische Frage hat eine zentrale außenpolitische Dimension. Im letzten Jahr ist eine Fläche der **Brandrodung**

zum Opfer gefallen, die größer war als Dänemark, die Benelux-Staaten, Österreich und die Schweiz zusammengenommen. Jeden Tag gehen bis zu 50 Pflanzen- und Tierarten zugrunde, jede Sekunde werden Tausende Tonnen Treibgase in die Luft geblasen. Zum erstenmal in der Milliarden Jahre währenden Geschichte des Lebens kann eine Spezies, nämlich die menschliche, die Biosphäre vernichten. Wie Parasiten können wir den Wirt, von dem wir leben, nämlich unsere Mutter Erde, zerstören. Aber im Gegensatz zu den anderen Parasiten können wir unsere Kinder nicht auf einen anderen Wirt, eine andere Welt schicken, wenn der jetzige stirbt.

Wir sind alle Teil derselben Schöpfung und dürfen in unsere umweltpolitische Solidarität nicht nur die Menschen in Frankfurt und Cottbus, in Chichicastenango und in Kalkutta, sondern müssen auch die Tiere, die Pflanzen, die gesamte Natur miteinbeziehen. Es ist eine wesentliche Dimension der Zukunft unseres Planeten, **Umweltpolitik nicht mehr nur national zu denken, sondern international zu verhandeln und damit zum unverzichtbaren Element der Außenpolitik zu machen.**

Der moralische Kompaß

Es liegt auf der Hand, daß allen diesen Herausforderungen nur richtig begegnet werden kann, wenn man einen Kompaß, wenn man ein festes ethisches Fundament hat. **Schnöde Interessenpolitik von Nationalstaat zu Nationalstaat wird dazu führen, daß wir an den Herausforderungen scheitern.**

Im Schiller-Drama "Don Carlos" sagte der Marquis Posa an die Adresse von König Philipp: "Geben Sie Gedankenfreiheit, Sire." Damals konnten der spanische König und die Inquisition die Meinungsfreiheit unterdrücken, ebenso wie später Stalin und Hitler. Doch diese beiden Dikta-

toren hatten es aufgrund der technischen Errungenschaften schon schwerer. Denn die BBC in London sendete ihr Programm weltweit. **Durch die moderne Telekommunikation waren zum ersten Mal in der Weltgeschichte Ideen und Ideale richtig frei und konnten ihre ansteckende Kraft voll entfalten.** In den siebziger Jahren wollte die sozialliberale Koalition RIAS Berlin und Radio Free Europe abschaffen. Die CDU hat sich damals dagegen gewehrt, weil diese beiden Radiosender der Sowjetunion ein Dorn im Auge waren. Doch die Existenz dieser beiden demokratischen Sendeanstalten mit Funkreichweiten in die sozialistischen Länder hinein paßte damals nicht in die Entspannungspolitik.

Ich bin der festen Überzeugung, daß auch die Revolution in der DDR und im gesamten Osteuropa durch die Medien beeinflusst worden ist. Ich meine damit die **Übermittlung von Bildern, Gedanken und Idealen.** "Nicht die Taten bewegen die Menschen", sagte schon Aristoteles, "sondern die Worte über die Taten". Und Epiktet, ein griechischer Philosoph, der 300 Jahre später lebte, hat das negativ ausgedrückt: "Nicht die Dinge verwirren die Menschen, sondern die Ansichten über die Dinge."

CARTOON



Der Ajatollah Khomeini hat eine Revolution im ehemaligen Persien und heutigen Iran bewirkt, ohne daß er auch nur einen Fuß auf iranischem Boden gesetzt hätte. Was hat er gemacht? Er hat in einem Vortrag von Paris ein modernes Medium benutzt und seine Predigten auf Tonbänder gesprochen. Diese Tonbänder sind zehntausendfach in den iranischen Moscheen abgespielt worden. Durch diese Beeinflussung in Form von Ideenvermittlung ist die Revolution zustande gekommen. Sie ist geglückt gegenüber einem der damals mächtigsten Macht- und Militärapparate in dieser Region, nämlich gegen den Machtapparat des Schahs von Persien.

Die Deutschen haben in Ostberlin, Leipzig und Dresden zu Beginn ihrer Proteste auf den Straßen gerufen: "Wir sind das Volk." Das war ein demokratischer Urschrei. "Wir sind ein Volk" haben sie erst später gerufen, und das auch nur deshalb, weil damals noch die Rote Armee im Land war. **Es war eine geistige Fehlleistung, daß der nationale Gedanke in den Vordergrund gerückt wurde und die Bürgerrechtsbewegung in den Hintergrund geraten ist.** Das eigentliche Ziel der Revolutionäre war die Freiheit und die Demokratie, Ideen mit einer unglaublichen außenpolitischen Wirkung.

Die Gewaltfrage

Nach diesen Erfahrungen muß man die Frage stellen, nach welchen Kriterien im Konfliktfall außenpolitisch interveniert werden sollte. **Ein Goethe-Institut zu gründen oder diplomatische Beziehungen auszuweiten ist weiter nicht problematisch. Die Sache wird dann heikel, wenn man politisch agieren muß oder wenn es um militärische Einsätze geht.**

Wann darf eigentlich ein Staat gegen einen anderen Staat Gewalt anwenden? Diese Frage muß in den Verantwortungsreichen gestellt werden, wo sie heute akut sind. Im Jahr 1990 war über die Frage der Kriterien für Bundeswehreinätze im Rahmen der Vereinten Nationen eine absolute Unsicherheit vorhanden. Meiner Ansicht nach sind die Europäer und ihre amerikanischen Partner deshalb so lange zu keiner Entscheidung gelangt, weil ihnen schlicht das ethische Fundament für eine klare und sichere Entscheidung fehlte. **Angesichts des gräßlichen Abschlachtens und der furchtbaren Massenvergewaltigungen hätte man direkt intervenieren müssen. Aber man wußte nicht, wie man einen solchen Militäreinsatz rechtfertigen sollte.**

Der Tyrannenmord

Hier stellt sich ein ähnliches Problem wie beim **Tyrannenmord**. Der Jesuit Mariana hat sich im 17. Jahrhundert philosophisch damit beschäftigt. Er kam zu der Auffassung, daß es unter bestimmten Bedingungen ethisch vertretbar sei, einen tyrannischen König umzubringen. Der Jesuitenorden hat diese Erwägungen bitter büßen müssen, denn er wurde 1773 auf Druck der Bourbonen aufgelöst. Doch die Gedanken der damals zum Tyrannenmord entwickelten katholischen Moralthologie waren gar nicht so schlecht. **Drei Bedingungen hat Mariana für den Tyrannenmord entwickelt:**

- Erstens müssen schwere Verletzungen der Menschenwürde und Menschenrechte vorliegen.
- Zweitens muß zunächst versucht werden, diesen Mißstand mit friedlichen Mitteln zu beheben, zum Beispiel mit wirtschaftspolitischen Mitteln – ein modernes Stichwort: Embargo.
- Drittens dürfe nur dann interveniert werden, wenn mit

an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststehe, daß die menschenrechtlichen Zustände nach der Intervention besser seien als vorher.

Ich finde diese drei Kriterien als ethischen Kodex für außenpolitisches Handeln und für militärische Interventionen gar nicht so schlecht. Hätte man 1992 nach den Unabhängigkeitserklärungen Kroatiens und Sloweniens angesichts der Eskalation des Balkan-Konflikts

CARTOON



diesen Kodex bei der Entscheidungsfindung zugrundegelegt, hätte man leichter zu einer einheitlichen politischen Entscheidung kommen können.

Deutsche Behörden ignorieren die Folter

Zur Menschenrechtspolitik der Bundesregierung ließe sich meiner Ansicht nach einiges kritisch bemerken. Die Vertragstexte der Vereinten Nationen oder die **Wiener Erklärung**, auf der zweiten Weltkonferenz für Menschenrechte im Juni 1993 von 171 Staaten unterzeichnet, sind eine wichtige Berufungsgrundlage für den internationalen Men-

schenrechtsschutz. Die Wirklichkeit sieht häufig anders aus. **Amnesty International** hat 1996 insgesamt 94 Staaten gezählt, in denen gewaltlose politische Gefangene in Gefängnissen oder Zwangsarbeitslagern sitzen. Die Morde im staatlichen Auftrag hätten gegenüber der Zeit vor 1995 zugenommen, in 63 Staaten seien "extralegale" Hinrichtungen registriert worden. In 124 Staaten kam es zu Folter und Mißhandlungen von Gefangenen, in 46 starben Menschen an den Folgen systematischer Folter. In 69 Staaten sind Tausende Opfer politischer Morde zu beklagen, und in 39 Staaten "verschwanden" Menschen. Folter, Geiselnahme und willkürliche Tötung durch bewaffnete oppositionelle Gruppen gab es in mindestens 38 Staaten.

Die Ignoranz, mit der Bundesregierung, Behörden und Gerichte auf diese Menschenrechtsverletzungen und vor allem auf Folter reagieren, ist empörend. Die Medien sehen schweigend zu, wie in zahlreichen Ländern jeden Tag Tausende von Menschen bestialisch gequält und zum Teil zu Tode gefoltert werden. Das **Kirchenasyl** hat in Deutschland deswegen an Bedeutung zugenommen, weil sich immer mehr herausstellt, daß die Ausländerbehörden und die **Gerichte nicht in der Lage sind, mit den Folteropfern, die zu uns geflüchtet sind, rechtsstaatlich einwandfrei umzugehen.**

Auch von den **Berichten des Auswärtigen Amtes** hängt ab, ob jemand als Asylbewerber anerkannt wird oder nicht, da diese Berichte von den Asylbehörden und Verwaltungsgerichten zur Entscheidungshilfe herangezogen werden. Ich möchte folgende Erklärung des Auswärtigen Amtes vom 28. Februar 1996 zur Folter in Tunesien zitieren: „Derartige Maßnahmen werden von Tunesiern nicht in gleichem Maße wie von Europäern als Eingriff in persönliche Rechte empfunden.“ Man muß

sich wundern, was deutsche Beamte so alles wissen. **Folter als Flucht- und Asylgrund wird in Deutschland, obwohl die Übergriffe oft durch Narben und ärztliche Gutachten bestätigt werden, heruntergespielt.** So kommt es leider Gottes vor, daß entgegen der gesetzlichen Bestimmungen, also rechtswidrig, Folteropfer wieder in diejenigen Länder abgeschoben werden, in denen sie gefoltert worden und aus denen sie oft unter Inkaufnahme großer Mühen geflüchtet sind.

Die Folterstaaten sind alle bekannt

Die betreffenden Staaten, in denen gefoltert wird, sind alle bekannt. Dazu gehören auch solche, mit denen die Bundesrepublik Deutschland besonders intensive Beziehungen pflegt, zum Beispiel China, die Türkei, Indonesien, der Irak, der Iran, Syrien, wo es offizielle Folterarten gibt, die öffentlich ausgewiesen werden, Birma, Algerien, Tunesien, Mexiko, Indien und leider in der letzten Zeit – seit dem Urteil des Obersten Gerichtshofes über die Zulässigkeit der Anwendung physischer Gewalt zur Verhinderung noch größerer Gewaltverbrechen vom November 1996 – auch in Israel.

Die Einhaltung der Menschenrechte ist nicht mehr allein die innere Angelegenheit eines jeweiligen Landes, sondern eine internationale Aufgabe. Wer öffentlich Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten anprangert, mischt sich daher nicht in deren innere Angelegenheiten ein.

Es hat nichts mit „Einmischung“ zu tun, wenn man die Einhaltung der Menschenrechte fordert.

Dennoch hat der deutsche Außenminister 1996 mit China das Prinzip der "Nichteinmischung" vereinbart. In den achtziger Jahren war die Position der Bundesregierung, des Bundeskanzlers wie des Bundesaußenministers, der damals Hans-Dietrich Genscher hieß, gegenüber menschenrechtsverletzenden Staaten und ihren Regierungen eindeutiger. Am 19. Dezember 1988 erklärte der Bundeskanzler im Deutschen Bundestag: **„Wer sich jetzt noch (...) auf das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten beruft, verrät nur sein schlechtes Gewissen.“**

Es hat nichts mit 'Einmischung' zu tun, wenn es um die Einforderung von Menschenrechten geht. Im Gegenteil: Wir alle, Regierungen, Kirchen, gesellschaftliche Gruppen, Journalisten, jeder einzelne von uns, sind ausdrücklich aufgerufen, überall dort unsere Stimme zu erheben, wo Völker unterdrückt, wo Menschen verfolgt, gefoltert und ermordet werden. (Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD) (...) Die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International hat recht, wenn sie sagt: **Wer schweigt, wird mitschuldig.“**

Wer schweigt, wird mitschuldig.

Um ein wenig Ordnung in die Menschenrechtsdiskussion hineinzubringen und vernünftige Strategien entwickeln zu können, hat Bundespräsident Roman Herzog eine zusätzliche Klassifizierung der Menschenrechte in wichtige und weniger wichtige vorgeschlagen: **„Für hungrige Menschen hat ein Recht wie die Meinungsfreiheit zwangsläufig eine geringere Bedeutung als für satte.“** Das könnte man gelten lassen, wenn nicht Armut und Elend immer am längsten dort andauern, wo sie sprachlos bleiben

und wo Leibeigenschaft, Ausbeutung, Kinderarbeit und Frauenklaverei in der Öffentlichkeit nicht angeprangert werden.

Wie anders als durch Öffentlichkeit sollen Schikanen korrupter Parteibonzen, Übergriffe sogenannter Patrons, die Sklavenhaltung indischer Teppichkinder, die, in Schuld-knechtschaft verkauft, in 16-Stunden-Tagen zu Tode geschunden werden, bekämpft und beseitigt werden?



Natürlich muß man, wie Roman Herzog vorgeschlagen hat, differenzieren und kann nicht alle Länder, in denen Menschenrechtsverletzungen vorkommen, über einen Kamm scheren. Ihnen gegenüber muß es unterschiedliche Strategien und Verhaltensweisen geben, angefangen von wirtschaftlichen Sanktionen bis hin zum Abbruch diplomatischer Beziehungen oder der öffentlichen Diskussion in internationalen Gremien.

Menschen in Opposition, im Untergrund, die verfolgt werden oder im Gefängnis sitzen, brauchen die internationale Solidarität, um überleben zu können. Andrej Sacharow in der Sowjetunion und Gabriel Valdez, der langjährige Präsident der chilenischen Nationalversammlung, der unter Pinochet schwer verfolgt worden ist, wären nicht am Leben geblieben, wenn sich die westliche Welt nicht für sie eingesetzt hätte. Nichts scheuen Macht-haber so sehr wie die öffentliche Diskussion ihrer Untaten vor dem Forum der Vereinten Nationen.

Angesichts des Verhaltens der Bundesregierung gegenüber der chinesischen Tibetpolitik trotz aller **Tibetresolutionen des Deutschen Bundestages** liegt es offen auf der Hand, daß wir menschenrechtspolitisch einen Rückschritt gegenüber der Position von 1988 zu verzeichnen haben. Über die Folgen sollte man sich nicht täuschen.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der PMG
Postfach 1928, 53009 Bonn
Redaktion

Dr. Marco Althaus (V.i.S.d.P.)
Roosstraße 19, 30163 Hannover
Tel. (0511) 51 01 22 53
Fax (0511) 39 44 347
E-Mail althaus@p-mg.com
Thomas Bippes

Vorstand 1997/98

Vorsitzender: Ralph Thiele
Telefon (040) 86 67 23 66
E-Mail thiele@p-mg.com
Stellv. Vorsitzender:
Heinz Schulte
Telefon 0172 257 6262
100135.3457@compuserve.com
Finanzen: Karina Forster
Schriftführer: Rolf Wagner
Beigeordnete: Dr. Holger Mey
Dr. Ulrich Schlie

Der vier Jahre lang von der westlichen Welt zunächst untätig beobachtete Bürgerkrieg in Bosnien hat dazu geführt, daß auch andere Staaten gemerkt haben, daß unzählige Menschen sanktionslos abgeschlachtet werden konnten. Soll man einem Boris Jelzin große Vorwürfe machen, wenn er in Tschetschenien ähnlich vorgeht?

Menschenrechte

Die Vorstellung, daß Menschenrechtspolitik nichts anderes sei als die Anmaßung eines europäischen Kulturimperialismus, der die Eigenstän-

digkeit anderer Kulturen bestreite, ist weit verbreitet. Wer gesteinigt oder anderswie hingerrichtet werden soll, wer gefoltert und diskriminiert wird, dürfte allerdings ohne längere Deduktionen, kulturelle Identität hin, nationale Identität her, leicht begreifen, welche unmittelbaren Vorzüge der Universalitätsanspruch der Menschenrechte ihm bringen kann. Er wird sich diesen „Rassismus“ gerne gefallen lassen.

Es gibt jedoch vor allem in Ostasien Staaten mit selbstbewußten Eliten, die davon nichts wissen wollen und trotz der Wirtschaftskrise in ihren Ländern ausländischen Kritikern vorhalten, sich mit Hilfe einer selbstgerechten Menschenrechtspolitik in fremde Angelegenheiten einzumischen. Dazu gehören so unterschiedliche Staaten wie Singapur, Malaysia und China.

CARTOON



Die sogenannte „Singapurschule“ und die „Philosophie“ Chinas für ein eigenständiges Menschenrechtsverständnis berufen sich auf den „Neokonfuzianismus“. Aber diese Sichtweise ist nicht repräsentativ für Asien. Andere Weltreligionen und ethische Traditionen wie Buddhismus, Taoismus und – begrenzt – Hinduismus können nicht gegen das Universalitätsprinzip der Menschenrechte angeführt werden.

Eine Welt-Sozialpolitik

Auf dem letzten Weltwirtschaftsforum in Davos ist ein Durchbruch in bezug auf die internationalen sozialpolitischen Standards gelungen. Die Erkenntnis, daß der Globalisierung der Wirtschaft eine international abgestimmte Sozialpolitik entgegengesetzt werden muß, hat sich durchgesetzt. **Ich vertrete diese Ansicht schon lange. Ich bin dafür als Ignorant, volkswirtschaftlicher Laie und Herz-Jesu-Marxist beschimpft worden.**

Ich möchte daran erinnern, daß eine Milliarde Menschen nur einen Dollar pro Tag oder sogar noch weniger zur Verfügung haben. Die zehn reichsten Familien dieser Erde hatten 1996 zusammen ein Vermögen von 319 Milliarden DM. Das entspricht einem Bruttoinlandsprodukt von 70 Staaten der Erde. Das heißt, sie haben ein Vermögen, das so groß ist wie das, was 420 Millionen Menschen in diesen 70 Staaten in einem Jahr an Werten, Produkten und Dienstleistungen erarbeiten. Gleichzeitig haben wir Millionen von Kindern, die in Schuldknechtschaft arbeiten müssen, und zahllose Menschen verhungern immer noch.

Für die Ausgrenzung von Menschen ist ein politischer Preis zu bezahlen.

Dieses System wird eines Tages zusammenbrechen. Es wird uns um die Ohren fliegen, wenn wir diese Wirtschaftsordnung nicht humanisieren, nämlich die Trümmer dieser Wirtschaftsordnung, die eines Tages von den Menschen gesprengt werden wird.

Die soziale Frage von heute ist eine internationale soziale Frage. Wir sollten nicht zu den Landsleuten gehören, die Fehler zwei-, dreimal machen, damit sie sie besonders gut beherr-

schen. Nur Phantasten können glauben, daß man auf Dauer Millionen von Menschen ausgrenzen könnte, ohne irgendwann einmal dafür einen politischen Preis bezahlen zu müssen.

Es gibt in einer Demokratie und in der Politik keine überflüssigen Menschen. Die gibt es möglicherweise in einem Unternehmen. Dann werden die Leute entlassen. Aber in der Politik haben alle eine Stimme, und sie werden diese Stimme nutzen.

Wir sollten das ethisch fundierte Bündnis von Demokratie, Arbeit, Ökonomie und Sozialer Marktwirtschaft nicht deswegen aufgeben, weil die Ökonomie globalisiert, sondern die Antwort auf die Globalisierung muß lauten: internationale soziale Marktwirtschaft. Für eine solche Verknüpfung von Moral und Außenpolitik muß man werben.

Dr. Heiner Geißler, MdB, Bonn.

MAUSKLIK

Hier wieder einige nützliche Internetadressen aus Außen- und Militärpolitik. Haben Sie eigene Tips, Fingerzeige, Anregungen? Schicken Sie für die nächsten *Denkwürdigkeiten* eine kleine E-Mail an althaus@p-mg.com.

Internet-Ressourcen der NATO-Mitgliedsstaaten:

<http://www.nato.int/family/countries.htm>

US-Streitkräfte und US-Sicherheitspolitik:

<http://www.defenselink.mil>

Homepage der USAF Air University:

<http://www.au.af.mil>

Konzepte und Visionen in Air Force 2025:

<http://www.au.af.mil/au/2025>

Johannes Amting, Landsberg

DIE ASIENKRISE

Renaissance der Nationalstaaten im Zeitalter der Globalisierung?

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien wirft nicht nur hinsichtlich der Wirtschaftspolitik der ostasiatischen Staaten viele Fragen auf, sondern auch für die Außen- und Sicherheitspolitik der Region. Frank Umbach, Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und Stipendiat der VW-Stiftung, über die politischen Ursachen der Krise.

Die Analyse der Ursachen der Asienkrise beschränkt sich noch zu sehr auf die unmittelbaren finanz- und wirtschaftspolitischen Fehler und Unzulänglichkeiten. So wichtig deren Analyse für entsprechende Reformmaßnahmen des IWF oder anderer internationaler Finanzorganisationen auch ist, sie verdecken zugleich die eigentlichen politischen Ursachen. Zudem handelt es sich nicht nur um eine Krise, sondern um eine Verkettung verschiedener Krisen (Wirtschaft, Finanzen und Innenpolitik) mit unterschiedlichen Akzenten in den einzelnen „Wunderwirtschaften“. Daher müssen entsprechende Reformmaßnahmen auf die spezifischen Krisen in den einzelnen Staaten zugeschnitten werden.

Dennoch haben Mißstände wie Vetternwirtschaft, Korruption und politischer Klientelismus in allen betroffenen Staaten Ostasiens eine gemeinsame Ursache: sie sind Folge einer in Anfängen steckengebliebenen Demokratisierung und unzureichenden Pluralisierung der politischen Systeme und Gesellschaften dieser Staaten. Obwohl Reformen im Banken-

bereich, Liberalisierung sowie Deregulierung von Handel und Landwirtschaft sowie das Aufbrechen von Monopolen und die Reduktion von Importtarifen wichtige Elemente eines Sanierungsprogramms sind, und hohe Sparquoten, Exportorientierung, ein relativ gutes Ausbildungssystem und eine hohe Arbeitsmoral gute Voraussetzungen für einen Ausweg aus der Krise darstellen, steht zu befürchten, daß die bisher eingeleiteten Hilfsmaßnahmen des IWF und der Weltbank unzureichend sind, solange die wirtschaftspolitischen Reformmaßnahmen nicht mit einem innenpolitischen Reformpaket zur Demokratisierung der Staaten verbunden werden. Dies gilt insbesondere für mangelnde Transparenz politischer und wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozesse, die ein institutionalisiertes System von „checks and balances“ kaum kennen.



Statt dessen halten die Eliten der ostasiatischen Staaten auf nationaler wie internationaler Ebene weiterhin an dem viel beschworenen „Asian way“ und den „Asian values“ fest. Statt institutionell abgesicherter Entscheidungsprozesse, wie sie in westlichen Staaten üblich sind, werden in den ost- und vor allem südostasiatischen Staaten eher informelle, konsensuale Dialogprozesse bevorzugt. Dementsprechend spielen persönliche Beziehungen unter den politischen und wirtschaftlichen Eliten für Entscheidungen und

Kompromisse eine herausragende Rolle sowohl für die Innen- als auch die Außenpolitik.

Doch gerade hieraus erklären sich auch die Mißstände, während gesamtgesellschaftliche Interessen, wie zunehmende soziale Disparitäten und drückende Umweltprobleme, bisher kaum Beachtung gefunden haben. Daher ist auch fraglich, ob Politik, Administration und Wirtschaft zu einschneidenden Reformen und einem grundlegenden Wandel fähig sind. Unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten könnte die gegenwärtige Krisenphase – trotz aller Probleme – relativ schnell überwunden werden.

Eine wirkliche Lösung bieten die jetzt geschnürten wirtschaftlichen Reformpakete allein jedoch nicht. Ein wirkungsvolles Krisenmanagement braucht vielmehr politische und sozialökonomische Reformen sowie den Willen als auch die Fähigkeit, die notwendigen Strukturreformen umzusetzen.

Daher ist Vertrauensbildung in den ostasiatischen Staaten nicht nur gegenüber den Finanzmärkten, sondern auch gegenüber den eigenen Bürgern von zentraler Bedeutung für die Lösung der gegenwärtigen Krisen, damit diese nicht in unwägbar innenpolitische Unruhen wie in Indonesien umschlagen. Hierzu gehört auch die Schaffung von wirklicher Rechtsstaatlichkeit, eine größere Rechenschaftspflicht der machthabenden Elite gegenüber ihren Wählern und größere politische Partizipation der Bevölkerungen als Grundpfeiler einer jeden Demokratie.

Trotz der im Vergleich mit Europa noch größeren Heterogenität der ostasiatischen Staaten konnten die ASEAN-Staaten bisher auf eine durchaus erfolgreiche Bilanz ihrer 30jährigen Geschichte zurückblicken. Doch die gegenwärtige Krise macht auch deutlich, daß die bisherigen Mechanismen informeller

Dialogprozesse nicht unbedingt eine Garantie für die Zukunft darstellen.

So haben alle ostasiatischen Staaten inzwischen eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht, die neue, demokratisch und institutionell abgesicherte Mechanismen erfordert, um das Wirtschaftswunder und die innenpolitische Stabilität des vergangenen Jahrzehnts in die Zukunft fortzuschreiben.

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß viele **ostasiatische Staaten den Prozeß des „Nation-building“ noch keineswegs abgeschlossen** haben. Hieraus erklärt sich auch die nach wie vor **vorhandene Aversion gegen jegliche Beeinträchtigung nationalstaatlicher Souveränität**, die zuweilen nationalistische Züge mit deutlich antiwestlichen Ressentiments annimmt und die internationale Zusammenarbeit erschwert.

Im Zuge zunehmender Globalisierung, Internationalisierung und transnationalen Verflechtungen hat die **Bedeutung regionaler Räume sowohl für die Wirtschafts- als auch Sicherheitspolitik** zugenommen. Diese bedingen grundsätzlich den Auf- und Ausbau multilateraler Kooperationsformen in der Region und drängen die Möglichkeiten nationalstaatlicher Lösungen weiter zurück. Bis Ende der 80er Jahre war die wirtschafts- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Ostasien über die bilateralen Vertragsvereinbarungen hinaus sowie der Grad ihrer Institutionalisierung gering. Erst seit 1989 wurden auf der wirtschaftlichen Ebene mit **APEC** und der Proklamierung einer Freihandelszone im kleineren **ASEAN-Maßstab (AFTA seit 1992)**, auf der sicherheitspolitischen Ebene mit dem **ASEAN Regional Forum (ARF)** und den innovativen Prozessen des **Council für Security Cooperation in Asia-Pacific (CSCAP) ab 1993/94 neue**

multilaterale Kooperationsformen etabliert. Während sich in Europa seit Anfang der 90er Jahre eher ein Gefühl von wirtschaftspolitischem Pessimismus ausbreitete, ist es in Ostasien eher umgekehrt. Hier stand bis zur gegenwärtigen Krise einem **wirtschaftspolitischen Optimismus ein sicherheitspolitischer Pessimismus** gegenüber, der angesichts zahlreicher **ungelöster Territorialkonflikte** (die sich durch die zunehmende Ressourcennachfrage als Folge des dynamischen Wirtschaftswachstums zukünftig sogar noch verschärfen könnten), eines bis vor kurzem noch ungebremsten Rüstungsaufwuchs (verbunden mit der Entwicklung moderner nationaler Rüstungsindustrien), des anhaltenden Konfliktes im chinesisch-taiwanesischen Verhältnis, der Instabilitäten auf der koreanischen Halbinsel und des brüchigen Beziehungsgeflechts zwischen den drei Großmächten China, Japan und USA nur allzu verständlich erscheint.

Da die **neuen multilateralen Sicherheitsforen gegenwärtig noch primär der Vertrauensbildung dienen und eher dem KSZE-Prozeß entsprechen** als dem Aufbau einer verteidigungspolitischen Allianz, bleiben die "harten" Strukturen der Sicherheits- und Verteidigungsabkommen nach wie vor primär bilateraler Art und durch die Einflußnahme von Außenmächten (USA, Großbritannien und Australien) gekennzeichnet. Daher wird **auch zukünftig das politische und militärische Engagement der USA von zentraler Bedeutung für die sicherheitspolitische Stabilität in der Region sein.** Mit der Erneuerung und Vertiefung der **US-Japanischen Sicherheitsallianz vom April 1996** und der Verabschiedung der neuen "Guidelines" 1997 wurde die amerikanische Präsenz von 100.000 Mann in Asien vorerst konsolidiert. Die Schlüsselrolle der USA ist – wie bereits der Taiwankonflikt von 1995-96 ge-

zeigt hat - durch die gegenwärtige Krise noch einmal unterstrichen worden. **Nicht Japan war während der letzten Monate der große Rettungsanker für die angeschlagenen "Tigerstaaten", sondern die USA,** die ihre Machtposition neben ihrer militärtechnologischen Überlegenheit nun auch durch ihre wirtschaftliche Stärke und die Leistungsfähigkeit ihres Finanzsystems eindrucksvoll untermauert haben. Der neue Haushaltsentwurf der Clinton-Regierung für das Etatjahr 1998-99, der erstmals seit 1969 kein Defizit aufweist, kann als weiterer Beweis angeführt werden.

Für die Zukunft bleibt festzustellen, daß trotz der Notwendigkeit zum Ausbau multilateraler Zusammenarbeit und der Vertiefung der Integration in Ostasien die **Bedeutung der Nationalstaaten nicht übersehen** werden darf. Dies gilt nicht nur für die Großmächte in der Region wie die USA, China und Japan, sondern auch für Mittelmächte wie Südkorea, Indonesien oder andere ASEAN-Staaten. Es ist nämlich **keineswegs sicher, daß die ostasiatischen Staaten den Höhepunkt eines aggressiven Nationalismus bereits überschritten** haben.

Europa, das auch in die neuen sicherheitspolitischen Strukturen wie ARF, CSCAP oder KEDO eingebunden ist, kann bei der weiteren wirtschafts- und sicherheitspolitischen Stabilisierung sowie der Vertiefung der Integration in multilateralen Kooperationsformen in enger Allianz mit den USA eine wichtige Rolle spielen - eine Aufgabe, die bisher in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. **Doch der Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen wird eine Globalisierung der Sicherheitsbeziehungen folgen müssen. Auch wenn diese sich geradezu zwangsläufig weit langsamer vollziehen wird.**

Frank Umbach, Bonn.

EUROPA

Die Chimäre nationaler Interessen

Nationalstaatliche Sicherheitspolitik hält Stephan Eisel in Europa weder für sinnvoll noch für möglich. Er fordert stattdessen ein „sicherheitspolitisches Maastricht“.

Die gemeinsame europäische Währung kommt, die gemeinsame Agrarpolitik ist seit einem halben Jahrhundert europäische Realität, Europol und Schengen belegen gemeinsames europäisches Handeln in Fragen der Inneren Sicherheit, bei der Wirtschaftspolitik wacht Brüssel über gemeinsame faire Wettbewerbsbedingungen - nur in der Sicherheitspolitik soll nationalstaatliches Denken eine Zukunft haben? Plausibel ist dies nicht.

Nationalstaatliche Politik basiert auf der Chimäre vom „nationalen Interesse“. Nimmt man den Begriff ernst, so kann damit nur das gemeint sein, was in einer Nation weitgehender Konsens ist und zugleich von anderen Nationen als Interesse nicht geteilt wird. Fehlt der innere Konsens, so ist ein Interesse nicht als gemeinsames nationales zu bezeichnen.

Wird ein Interesse von mehreren Nationen geteilt, ist es eben nicht nur national, sondern supra-, trans- oder international.

Ein „nationales Interesse“ in der Sicherheitspolitik dürfte schwer zu beschreiben sein. Der vom Grundgesetz vorgegebene Wertekanon, den gegen äußere Bedrohungen zu schützen erster Zweck unserer Sicherheitspolitik ist, ist ein demokratischer, kein nationaler. Der Begriff von der **„Wertegemeinschaft des Westens“** hat hier sein Fundament.

Auch die Bedrohungen für unsere Sicherheit - die Bedrohung dieses Wertekanons - sind keineswegs national, sondern richten sich ebenso gegen unsere Nachbarn.

Wo sollte also die Zukunft nationalstaatlicher Sicherheitspolitik liegen, wenn Schutzobjekt und Bedrohung nicht spezifisch national sind?

Nur wenn der demokratische Wertekanon von allen unseren Nachbarn nicht mehr geteilt würde, erwüchse daraus eine Bedrohung, in der der Schutz des demokratischen Wertekanons eine nationalstaatliche Sicherheitspolitik erforderlich machen würde.



Mit der Gründung der NATO vor 50 Jahren und dem Aufbau der Europäischen Union ist nationalstaatliche Sicherheitspolitik jedoch längst dorthin verwiesen, wo sie ihren Platz hat - **subsidiär zur gemeinsamen Sicherheitspolitik der demokratischen Staaten auf unserem Kontinent.**

Die Debatte um die künftige Gestaltung des UN-Sicherheitsrats hat es exemplarisch offengelegt: Helmut Kohl hat zu Recht für einen gemeinsamen Sicherheitsratssitz für die EU plädiert, weil es ein letztlich dominierendes gemeinsames europäisches Sicherheitsinteresse gibt. NATO und EU hätten sonst keine solche Erfolgsgeschichte.

Bei der Frage der Zukunft nationaler Sicherheitspolitik ist also

das „ob“ längst negativ beantwortet, doch das „wie“ der gemeinsamen Politik bleibt unklar. Grund dafür ist das Fehlen starker Institutionen, klarer Entscheidungsmechanismen und gemeinsamer Instrumente. Von Bosnien bis Irak wird dies immer wieder offenkundig.

Dabei wird manches auf nationalstaatliche Unterschiede zurückgeführt, was in Wahrheit Ergebnis unterschiedlicher politischer Überzeugungen ist.

So hätten sich die Entscheidungen einer rot-grünen Bundesregierung ohne Frage von denen der Koalition der Mitte grundlegend unterschieden, weil politische Überzeugungen gemeinsame nationale Herkunft dominieren.

Die Frage nach der Zukunft nationalstaatlicher Sicherheitspolitik führt unmittelbar zur Frage, was auf der europäischen Tagesordnung nach der EU-Erweiterung und der Währungsunion steht. Wenn die europäische Währung in den Händen der Bürger ist und ihre politische Bindungswirkung voll entfaltet, liegt hier die nächste Herausforderung der europäischen Integration:

Ein sicherheitspolitisches Maas-tricht, der Europäischen Zentralbank entsprechende gemeinsame sicherheitspolitische Institutionen und Entscheidungsmechanismen (EVGI) und das gemeinsame – dem EURO entsprechende – sicherheitspolitische Instrument (Europäische Armee) – das sind keine illusorischen Visionen, sondern zwangsläufige Ergebnisse der **Kleinheit des europäischen Kontinents** und seiner sich verringern den Bedeutung.

Deshalb ist die Debatte um die **Konvergenzkriterien einer europäischen Sicherheitspolitik** so dringend erforderlich.

Dr. Stephan Eisel, St. Augustin

MILITÄRPOLITIK

NATO, Global Player

Soll die NATO ein „Global Player“ werden? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Atlantische Allianz bei der Vorbereitung der für 1999 geplanten neuen Strategie. Von daher ist es eine fast zwingende Idee, daß sich die pmg mit diesem Thema beschäftigt. Wenn ein Vertreter der US-Regierung und ein Deutscher auf dem Podium sitzen, verspricht das ein interessanter Abend zu werden. Den die beiden Ländern stehen für unterschiedliche Antworten auf diese



Frage. Dann aber mußte man sich die Augen reiben: Die beiden stellten weitgehende Übereinstimmung fest. Die Bundesregierung hat zur Zeit kein Interesse an einer öffentlichen Diskussion dieser Frage. Leider verstand der Vortragende offenkundig auch das interne Gespräch in der pmg als eine öffentliche Diskussion. Zwei Einwände erhebt er gegen die Übernahme globaler Aufgaben durch die NATO zu diesem Zeitpunkt: Die deutsche Öffentlichkeit sei auf solche Aufgaben noch nicht vorbereitet, und die NATO müsse erst einmal ihren Erweiterungsprozeß verdauen, müsse sich erst einmal konsolidieren.

Diese Einwände sehen nach Zeitgewinnen aus: Die deutsche Öffentlichkeit kann erst für neue globale NATO-Aufgaben gewonnen werden, wenn man sich um sie bemüht. Die Feststellung, hier sei kein Konsens vorhanden, ist zwar richtig, aber keine Politik. Und daß die NATO mit ihrem Erweiterungsprozeß beschäftigt ist, weiß auch jeder. Aber trotzdem laufen Operationen wie in Bosnien. Und zudem warten mögliche Krisen nicht darauf, bis die NATO wieder zur Aktion bereit ist. Die von

manchen Politikern an anderen Stellen vorgenommene Beschränkung der NATO-Aktivitäten auf den europäischen Schauplatz ist das überzeugender, wenngleich in einer globalen Welt nicht durchzuhalten.

Die USA hatten noch auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (Wehrkundetagung) durch ihre Vertreter massiv eine stärkere europäische Beteiligung an der Bewältigung von Aufgaben im globalen Rahmen gefordert. Doch davon war jetzt in Bonn nichts mehr zu hören. In München hätten die USA das Gefühl gehabt, daß sie mit ihrer Irak-Politik relativ allein stünden. Die späteren Erklärungen, die Außenministerin Albright bei ihren Rundreisen erhalten hat, zeigten aber, daß die Verbündeten letztlich zu den USA gestanden hätten. Deswegen sei das Problem in der Praxis nicht mehr so groß wie zu Zeiten der Münchner Konferenz. Nun sollte der Abend der pmg ja nicht die Irak-Krise lösen, sondern über die unterschiedlichen Vorstellungen der Rolle der NATO nachdenken. Aber da war die Höflichkeit des US-Gastes offenkundig stärker als das Interesse, in Deutschland für die eigene Position zu werben: „Vor der Wahl keine Querschüsse“ könnte das Motto gewesen sein.

Man konnte erleben, wie ein Thema mit freundlichen Formulierungen in großer Harmonie an die Seite gedrängt wurde. Und als Teilnehmer sollte man sich selbstkritisch fragen, warum man nicht durch Wortmeldungen und Fragen diese Strategie der geladenen Gäste durchkreuzt hat. Es muß vielleicht bei Gästen und Teilnehmern noch mehr ins Bewußtsein gerückt werden, daß in der pmg offen diskutiert werden soll, unabhängig davon, ob dies den Vortragenden paßt. Denn jeder, der dorthin kommt, begleitet die Politik an seinem Platz. Und dann sollte er die Absichten und Pläne auch kennen.

Rolf Clement ist Journalist in Köln.